



StuPa-Präsidium
Frau Christiane Kelm
Herr Justus Faust
Herr Dennis Pirdzuns

Gaußstraße 20
42119 Wuppertal

Bergische Universität Wuppertal, StuPa-Präsidium
Gaußstraße 20, 42119 Wuppertal

An die Studierenden
der Bergischen Universität Wuppertal

DATUM 12.07.17

GESPRÄCHSPARTNER Dennis Pirdzuns

GEBÄUDE, EBENE, RAUM ME-04 (ASTA EBENE)

E-MAIL stupapraes@asta.uni-wuppertal.de

www.stupa.uni-wuppertal.de

Protokoll der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlaments am 12. Juli 2017

Beginn: 17:47 Uhr

Ende: 23:00 Uhr

Ort: AStA-Großraumbüro (ME.04.19)

Redeleitung: Justus Faust

Protokoll: Stephan Oltmanns / Dennis Pirdzuns

Anwesende Parlamentarier*innen: Mike Stephan, Christiane Kelm, Simon Funken, Vanessa Warwick, Andre Thiemermann, Justus Faust, Stephan Oltmanns (am Ende der Sitzung zurückgetreten), Ronan Stäudle, Cornelis Lehmann, Julia Schnäbelin, Paul Leppak, Lukas Deckert, Daniel Fachinger, Lena Stockschläder, Konstanze Wagner (später zurückgetreten), Dennis Pirdzuns, Abdulhadi Albash, Ahmet Murat, Lukas Vaupel

Anwesende Mitglieder des Wahlausschusses: Simon Lehmann-Hangebrock

Abwesende Parlamentarier*innen: David Bartholomäus, Andrea Lehmann, Veysi Güneri

Anwesende Mitglieder des AStA: Jan Niclas Schürmann, Kai Radant, Daniel Benjamin Fachinger, Sven Bischof, Sebastian Kopf,

Anwesende Gäste: Felix Wengler, Martin Wosnitza, Emre-Can Tan, Niklas Bründermann, Soufian Goudi, Kai Immes, Christine Scheible, Rebekka Philipp, Tom Küchenmeister, Dominic Windolph

TOP 1: Begrüßung und Regularia

Simon Lehmann eröffnet die Sitzung um 17:47 Uhr und gratuliert allen gewählten, bedankt sich beim gesamten Wahlausschuss und Christiane Stiller.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Mandatsänderungen: Jan-Niclas tritt von seinem Mandat sofortig zurück, dafür rückt Vanessa Warwick nach. Zu Beginn sind 12 Parlamentarier*innen anwesend, sodass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bezüglich der Tagesordnung macht Stephan Oltmanns Änderungswünsche: Es soll der Punkt „Hochschule und Hochschulpolitik“ hinter TOP 2 eingefügt werden, ebenso „Bestellung der AStA-Referent*innen“ hinter TOP 9, außerdem soll TOP 9 "Bestätigung" der autonomen Referate heißen statt "Anerkennung". Die neue Tagesordnung wird einstimmig angenommen und lautet somit:

TOP 1: Begrüßung und Regularia

TOP 2: Berichte

TOP 3: Hochschule und Hochschulpolitik

TOP 4: Aufwandsentschädigung Wahlausschuss

TOP 5: Wahl des Präsidiums

TOP 6: Besetzung der Ausschüsse

TOP 7: Wahl des AStA-Vorsitzes

TOP 8: Wahl des Finanzreferenten

TOP 9: Einrichtung der AStA-Referate

TOP 10: Bestellung der AStA-Referent*innen

TOP 11: Bestätigung der Wahl der Autonomen Referate

TOP 12: E-bike sharing Konzept

TOP 13: Anträge

TOP 14: Dritte Lesung des zweiten Nachtragshaushalts

TOP 15: Termine

TOP 16: Sonstiges

Das Protokoll der 3. ordentlichen Sitzung vom 15.03.17 wird mit 12 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

TOP 2: Berichte

Stephan O berichtet über den Stand der Revision und dass er die Ergebnisse dieser gerne auf einer separaten Sondersitzung des StuPa vorstellen möchte, damit genügend Zeit dafür gegeben ist.

TOP 3: Hochschule und Hochschulpolitik

Cornelis L berichtet über den Beschluss des UrWissG im Bundestag und der damit verbundenen Gesamtsituation des Urheberrechtsstreits zwischen den Hochschulen mit der Verwertungsgemeinschaft der Verlage (VG Wort), das neue Gesetz findet nämlich Regelungen für das Abgelden der Urheberansprüche der Verlage durch die Hochschulen.

(17:53 Uhr Konstanze Wagner kommt, 17:54 Uhr Dennis kommt)

Die Problem an der neuen Rechtslage ist die, dass es nur für 5 Jahre gilt und damit die langfristige Rechtssicherheit nicht gewährleistet ist. Außerdem tritt es erst zum Sommersemester 2018 in Kraft und fehlt somit als Lösung für das kommende Semester, hierzu müsste man jetzt abwarten.

(17:56 Uhr Lena kommt)

Cornelis L berichtet von der Bildung eines Aktionsbündnis gegen Studiengebühren für Ausländer*innen (als Reaktion des Planes der neuen Landesregierung diese für nicht-EU-Ausländer*innen einzuführen).

Mike S führt die Punkte des vergangenen Rektoratsgespräches aus: Das neues Gebäude ist jetzt im Besitz der Uni. Bezüglich der Verkehrssicherheit an der Uni erhoffte man sich eine Verkehrsberuhigung durch Kurvenführung, was aber nicht gelang. Es gab den Rat für die zukünftigen Mandatsträger*innen, dies nochmal anzusprechen. Andre ergänzt, dass es bzgl. Bahnsperre Verbesserungen gibt, die der AStA gut kommunizieren sollte. Zu den geplanten Studiengebühren beauftragte der Senat das Rektorat sich dagegen zu positionieren. Außerdem soll das Planfeststellungsverfahren zur Seilbahn bald gestartet werden.

Cornelis L stellt den Antrag zur Geschäftsordnung in TOP 1 zurückzukehren. Dagegen gibt es keine Gegenrede, womit der Antrag direkt angenommen ist.

TOP 1: Konstanze W tritt umgehend von ihrem StuPa-Mandat zurück, womit Daniel Fachinger nachrückt. Es wird in der Tagesordnung fortgeschritten.

(18:00 Uhr Justus F verlässt den Raum)

TOP 4: Aufwandsentschädigung Wahlausschuss

Nach der Vorstellung der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des letzten Wahlausschusses stellt Mike S die Frage, warum Nuno V & Adriano C mit aufgeführt sind, andere Wahlhelfer*innen aber nicht.

Antwort Simon L: Da diese einen wesentlich größeren zeitlichen Aufwand hatten, als andere

Wahlhelfer*innen.

In der Diskussion wird festgestellt, dass es für beide aber schon einen Beschluss der AE gibt, ein erneutes Beschließen im Rahmen der Wahlausschuss-AE also zu einer doppelten führen würden.

Cornelis L stellt daher den Änderungsantrag die Summen für diese beiden zu streichen. Der Antragssteller übernimmt das. Es wird insgesamt noch über die Differenzierung der AE-Summen diskutiert. Simon L erläutert dazu, wie sich diese bei jeder Person zusammensetzen.

(18:05 Uhr Justus kommt wieder in den Raum)

Teil der Aufgaben, die im WA verteilt werden muss, waren zum Beispiel die Protokollführung, aber auch die Fahrtkosten wurden bei einigen WA-Mitgliedern separat vergütet, wodurch es zu unterschiedlichen AE-Summen kommt.

(18:08 Uhr Abdulhadi Albash und Ahmet Murat kommen)

TOP 5: Wahl des Präsidiums

Zur Wahl des StuPa-Präsidiums werden folgende Vorschläge gemacht: Justus Faust, Dennis Pirdzuns, Christiane Kelm und Stephan Oltmanns. Alle vier Kandidierenden stellen sich kurz vor, Fragen an sie gibt es keine.

1. Wahlgang:

Es wird das Abstimmungsverfahren erklärt: Die Namen aller Kandidierenden sollen auf einen Zettel geschrieben werden. Für jede*n der Kandidierenden kann dann mit Ja, Nein oder Enthaltung abgestimmt werden, allerdings maximal 3 Ja-Stimmen. Nötig zur Wahl im 1. Wahlgang ist die Mehrheit der Mitglieder des StuPa.

Ergebnis:

Es wurden 16 Stimmen abgegeben, davon sind alle gültig,

Auf Justus entfallen 15 Ja-Stimmen, auf Christiane ebenfalls 15 Ja-Stimmen, Dennis erhält 12 Ja-Stimmen und Stephan: 4 Ja-Stimmen. Damit sind Justus Faust, Christiane Kelm und Dennis Pirdzuns gewählt. Alle nehmen die Wahl an.

Stephan stellt einen GO-Antrag auf 10 minütige Pause um 18:25 Uhr, für den Platzwechsel und Übernahme der Sitzungsleitung durch das neue Präsidium. Dieser wird ohne Gegenrede angenommen.

(Lukas betritt um 18:15 den Raum.)

TOP 6: Besetzung der Ausschüsse

Daniel F stellt den GO-Antrag auf Einführung einer Redezeitbegrenzung von 5min je Redebeitrag. Dagegen gibt es eine formale Gegenrede. Abstimmung: 2 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

Es wird die Sitzverteilung in den Ausschüssen vorgebracht. Der Haushaltsausschuss hat 7 Mitglieder, wovon 2 von den Jusos gestellt werden und alle anderen Listen jeweils einen Sitz halten. Der Härtefallausschuss hat 5 Mitglieder, wovon die Jusos 2 stellen und die Grüne Liste, RCDS und Unabhängige und der BIS jeweils ein Mitglied. Der Sozialausschuss hat 3 Mitglieder, wovon zwei „geborene Mitglieder“ sind (also durch ihr Amt bereits feststehen), das sind der*die Sozialreferent*in und der*die Finanzreferent*in. Das dritte Mitglied wird vom StuPa gewählt.

Es wird angemerkt, dass es auch noch den Bibliotheksausschuss zu besetzen gilt, es tritt aber die Frage auf, ob dieser Ausschuss nicht neu beschlossen werden müsste. Es wird festgehalten, dass StuPa-Beschlüsse fortführend gelten und damit auch der Bibliotheksausschuss weiterhin besteht, auch ohne in der Satzung verankert zu sein, da der Beschluss, der in begründet, noch gültig ist.

Die Jusos benennen für den Haushaltsausschuss Andre, Justus und Ronan (wovon eine Person Ersatzmitglied ist), für den Härtefallausschuss Julia, Kai I. und Sofian (ebenfalls mit einem Ersatzmitglied) und für den Bibliotheksausschuss Lena, Niklas und Kai R.

Die Grüne Liste hat noch keinen Vorschlag für den Haushaltsausschuss und bestellt für den Härtefallausschuss Anna Wirt und für den Bibliotheksausschuss Benjamin.

Der RCDS benennt Mathias Reckermann für den Härtefallausschuss und Mike für den Haushaltsausschuss und den Bibliotheksausschuss.

Der BIS hat noch keine Benennung für Härtefall- und Haushaltsausschuss, für den Bibliotheksausschuss stellen sie David.

Auch die PARTEI hat noch keine Personen für die Ausschüsse und werden selbst wohl auch keine aufstellen können. Sie wollen daher in den anderen Listen fragen, wer ihre Posten in den Ausschüssen übernehmen kann.

Liberales & Freibeuter benennen noch kein Mitglied für Haushalts-, Härtefall- und Bibliotheksausschuss.

Für den Sozialausschuss schlägt Lena Cornelis vor. Cornelis würde das Amt im Sozialausschuss gerne abgeben und ermutigt die Opposition den Platz zu besetzen. Justus erkundigt sich nach weiteren Vorschlägen, die aber ausbleiben und so fragt Justus Cornelis, ob er es weiter machen könnte, worauf er einwilligt.

Bei der Frage des Ablaufs der Wahl tritt die Frage auf, ob diese geheim erfolgen müsse, oder nicht. Eine explizit geheime Wahl wird von niemanden gewünscht, deshalb schlägt das Präsidium eine offene Wahl per Handzeichen vor. Benjamin F bezweifelt die Rechtmäßigkeit einer offenen Wahl und beantragt eine geheime. Dieser Antrag muss laut GO immer angenommen werden.

1. Wahlgang: Es wurden 17 Stimmen abgegeben, davon sind 16 gültig. Auf Cornelis entfallen 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Damit ist Cornelis gewählt und nimmt die Wahl an.

TOP 7: Wahl des AStA-Vorsitzes

Das Präsidium bittet um Vorschläge für das Amt des AStA-Vorsitzes. Cornelis L schlägt Niclas Schürmann vor, Lena S schlägt Markus Wessels vor. Justus F erklärt das Wahlverfahren, welches geheim ablaufen muss und es für die Wahl eine Mehrheit der Mitglieder des StuPa braucht. Justus F erkundigt sich über den Wunsch einer Vorstellung der beiden Kandidierenden, was bejaht wird. Niclas S stellt sich kurz vor und geht dabei auf seine Studienfächer ein, seine bisherige Arbeit im AStA und erwähnt, dass er sich freuen würde, das Amt des AStA-Vorsitzes weiterzuführen.

Da Markus W nicht auf der Sitzung sein kann (da er noch bis Ende Juli ein Praktikum in Brüssel absolviert), wird er von Justus F vorgestellt. Dem Parlament liegt außerdem eine schriftliche Vorstellung von Markus W vor.

Justus F eröffnet den 1. Wahlgang: Es wurden 17 Stimmen abgegeben, davon sind 16 Stimmen gültig. Auf Jan Niclas S entfielen 11 Ja Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Auf Markus W entfielen 12 Ja Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei ebenfalls einer Enthaltung.

Damit sind Niclas Schürmann und Markus Wessels zu neuen AStA-Vorsitzenden gewählt.

TOP 8: Wahl des Finanzreferenten

Für das Amt des Finanzreferenten schlägt Ronan S Kai Randant vor. Benjamin F schlägt Stephan Oltmanns vor. Ersterer kandidiert, letzterer kandidiert nicht. Justus F erklärt das Wahlverfahren, welches geheim erfolgen muss und einer Mehrheit der Mitglieder des StuPa bedarf, und erklärt die Abstimmungsmöglichkeiten, wonach für jede*n Kandidierende*n mit Ja, Nein oder Enthaltung gestimmt werden kann. Auf den Stimmzettel, die verteilt werden, sollen die Namen der Kandidierenden notiert werden.

Justus F öffnet den 1. Wahlgang: Es wurden 17 Stimmen abgegeben, davon sind 16 Stimmen gültig. Auf Kai Radant entfielen 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Er ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.

TOP 9: Einrichtung der AStA-Referate

Niclas S schlägt als Vorsitzender die Einrichtung folgender Referate vor:

Ein **Referat für Hochschule, Hochschulpolitik und Soziales**, wo drei Referent*innen bestellt werden sollen, ein **Referat für Nachhaltigkeit und Mobilität** wo eine Referent*in bestellt werden soll, ein **Referat für Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz**, wo zwei Referent*innen bestellt werden sollen und ein **Referat für Kultur, Veranstaltungen und Technik** mit zwei Referent*innen.

Stephan O fragt nach, warum Technik und Kulturveranstaltungen zusammengelegt werden, dann aber nur 2 Referent*innen dort eingesetzt werden. Niclas S erklärt, dass durch die Neufindung von Kandidierenden für die Referate die Aufgaben anders verteilt werden können, sodass alle bisherigen Tätigkeitsfelder von Technik und Kultur erfüllt werden.

Mike S fragt, warum die Referent*innenzahl bei Hochschule, Hochschulpolitik und Soziales um eins gestiegen ist. Niclas S führt dafür die inhaltlichen / thematischen Präferenzen der Kandidierenden an.

Benjamin F stellt einen GO-Antrag auf 5min Pause. Es gibt eine formale Gegenrede, der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Stephan O merkt an, dass es inkonsequent ist, Einsparungen im einen Referat vorzubringen, dafür aber aus Koalitionsgründen eine*n dritte*n Referent*in in HoPo+Soziales einzurichten. Viel problematischer sei aber, so Stephan O, die Verantwortungsdiffusion durch die Vergrößerung der Referent*innenzahl in den Referaten. Niclas S erklärt, dass so die Zusammenarbeit in den Referaten gestärkt werden soll und die Überschneidungen vieler kleiner Referate durch Zusammenlegung themennaher Referate verhindert wird; beides würde einer Verantwortungsdiffusion eher entgegenwirken und produktives Arbeiten gewährleisten.

Justus F bittet um die Abstimmung: Die Einrichtung der Referate nach Vorschlag von Niclas S wird mit 12 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung angenommen.

TOP 10: Bestellung der AStA-Referent*innen

Niclas S schlägt folgende Personen für die Referate vor:

Für das Referat für HoPo+Soziales: **Daniel Benjamin Fachinger, Cornelis Lehmann und Ronja Löhr**

Für das Referat für Nachhaltigkeit & Mobilität: **Lukas Vaupel**

Für das Pressereferat: **Sven Bischoff und Lena Stockschläder**

Veranstaltung+Technik: **Sebastian Kopf & Emre-Can Tan**

Justus F fragt die Parlamentarier*innen, ob Vorstellung gewünscht sind, was Mike S bejaht.

Benjamin F stellt seine bisherige Arbeit in der Hochschulpolitik vor und seine Pläne für die zukünftige Arbeit. Auch Cornelis L stellt seine bisherige Arbeit in sowohl StuPa als auch AStA vor und seine Pläne für die Amtszeit.

Simon F fragt nach, ob es Pläne gibt, Beauftragte zu bestellen. Niclas S antwortet, dass es bereits Personen gibt, die im AStA mitwirken wollen (aktuell 5 Interessierte) und es auch Pläne gibt, weitere Stellen hochschulöffentlich auszuschreiben. Beauftragungen durch den AStA können auch durch das StuPa vorgenommen werden.

Mike S fragt, ob in HoPo+Soziales weiterhin Serviceveranstaltungen organisiert werden. Cornelis L bejaht dies, es hängt aber noch davon ab, in welchen Arbeitsbereich im Referat das fallen wird.

Lukas V stellt sich und seine Arbeiten zum Semesterticket, den FairTeiler und das E-Bike-Sharing vor, er plant zwei Beauftragungen im Referat für Nachhaltigkeit einzurichten, aber nicht auszuschreiben, da es für beide Stellen bereits interessierte und geeinte Personen gibt.

Sven B stellt seinen beruflichen Werdegang als Mediengestalter, seine bisherige Arbeit im Pressereferat und die zukünftige Besetzung vor, auf die er sich freut. Mike S fragt, ob weitere Beauftragungen geplant sind, Sven B verneint, hält es aber offen, dass bei zukommenden Aufgaben, das Referat vergrößert werden kann.

Lena S stellt ihre Ideen für die zukünftige Arbeit im Referat vor und fragt nach Rückfragen.

Sebastian K stellt sich und seine bisherige und kommende Arbeit vor, darunter die Anmeldung von Veranstaltungen, da es sich in der Vergangenheit bewährt hat, dass er das übernimmt.

Emre T stellt sich vor, er studiert seit dem Sommersemester in Wuppertal und war vorher in Düsseldorf im AStA tätig. Er erwähnt, dass bereits funktionierende Veranstaltungen im Rahmen der eigenen Liste stattfanden und er das auch im AStA weiterführen wollte.

Christiane K legt dem neuen Veranstaltungsreferat ans Herz, die Karaoke-Veranstaltung des AStA

und der Uni-Kneipe fortzuführen und sich dafür Kontakte beim scheidenden Referat zu holen. Mike S fragt, ob es bereits Ideen für zukünftige Veranstaltungen gibt. Emre T erwähnt, dass es bereits Ideen gibt, Veranstaltungen zu Antisemitismus durchzuführen. Mike S fügt hinzu, ob auch „entspanntere“ Veranstaltungen geplant sind. Emre T gibt zu, dass er darin noch nicht so viele Erfahrungen hat. Christiane K bietet daraufhin an, sich für Party- und Kulturveranstaltungen Wissen, Konzepte und Erfahrungen von den scheidenden Referent*innen zu holen. Mike S fragt Sebastian K, ob Emre T die Planungen für die Veranstaltungen übernimmt, wenn er sich weiter für Technik und Formalitäten von Veranstaltungen zu kümmern. Sebastian K bejaht dies.

Justus F erklärt das Wahlverfahren, was offen per Handzeichen und in einem einzigen Wahlgang stattfinden kann. Benjamin F bittet um eine geheime Abstimmung.

Lukas V schiebt dazwischen, dass es bereits Absichten gibt, die in der Vergangenheit erfolgreiche Veranstaltungen auch fortzuführen. Party-, Musik- und Tanzveranstaltungen wird es weiter geben. Stephan O regt an, falls es dazu kommen sollte, dass man sich im Veranstaltungsreferat unterbesetzt fühlt, eine weitere Stelle öffentlich auszuschreiben. Mike S fügt dem hinzu, dass bei der Fülle an Aufgaben, die Arbeitsintensität nicht zu unterschätzen ist und unterstützt das Gesagte von Stephan. Benjamin F erwidert, dass die Arbeit dann erleichtert wird, wenn die Referate besser zusammenarbeiten und besser kommunizieren und das ist bisher in der Entwicklung. Christiane K betont erneut die Fülle der Arbeit im Veranstaltungsreferat und dass man doch auf weitere Personen zurückgreifen sollte, wenn das nötig ist.

Justus F und Dennis P erklären erneut den Wahlvorgang, der offen und in einem Wahlgang erfolgen kann, dass aber auf Wunsch eines Parlamentsmitgliedes sie sowohl geheim, als auch im Einzel durchgeführt werden kann. Benjamin F wünscht die geheime Wahl, Stephan O wünscht die Einzelwahl.

Es wird eine einfache Mehrheit benötigt.

Mike S stellt einen GO-Antrag auf 5min Pause. Formale Gegenrede von Stephan O. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen. Die Sitzung wird bis 19:51 unterbrochen.

Justus F eröffnet den ersten Wahlgang: Es wurden 18 Stimmen abgegeben wovon alle gültig sind.

Auf **Benjamin Fachinger** entfielen 10 Ja und 6 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen.

Auf **Cornelis Lehmann** entfielen 15 Ja und 3 Nein-Stimmen, bei keinen Enthaltungen.

Auf **Ronja Löhr** entfielen 13 Ja- und 5 Nein-Stimmen, bei keinen Enthaltungen.

Auf **Lukas Vaupel** entfielen 15 Ja- und 3 Nein-Stimmen mit ebenfalls keinen Enthaltungen.

Auf **Sven Bischoff** entfielen 14 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei ebenfalls keinen Enthaltungen.

Auf **Lena Stockschläder** entfielen 13 Ja- und 3 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

Auf **Sebastian Kopf** entfielen 13 Ja- und 3 Nein-Stimmen mit 2 Enthaltungen.

Und auf **Emre-Can Tan** entfielen 12 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei ebenfalls 2 Enthaltungen.

Damit sind alle gewählt und nehmen die Wahl an.

Abdul und Ahmed verlassen den Raum um 19:54

TOP 11: Bestätigung der Wahl der Autonomen Referate

Christiane K & Justus F teilen Kopien der Protokolle der Vollversammlungen der autonomen Referate aus. Da die Protokolle der Vollversammlungen des Autonomen Frauenreferats, des Autonomen Ausländer*innenreferats und des Autonomen Referats für Behinderte und chronisch Kranke nicht eindeutig leserlich bis unleserlich sind, schlägt Andre vor, die Protokolle erneut als Textdatei anzufordern und Stephan O fügt dem an, dass die Namen ausgeschrieben werden sollten, um die genannten Personen eindeutig identifizieren zu können. Justus F sagt zu, dass sich das Präsidium um diese Protokolle bis zu nächsten Sitzung kümmern wird.

Justus F beantragt die Vertagung der Bestätigung des Autonomen Frauenreferats, des Autonomen Ausländer*innenreferats und des Autonomen Referats für Behinderte und Chronisch Krankte zu vertagen. Dagegen gibt es keine Gegenrede womit der Vorschlag angenommen ist.

Die Vollversammlung des Autonomen Queer-Referats hat am 20.06.2017 neue Referent*innen gewählt, die dem StuPa namentlich vorliegen. Es folgt die Bestätigung der Bestellung des Autonomen Queer-Referats mit 14 Ja- Stimmen und keinen Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

(Lukas Deckert verlässt den Raum um 19:58)

TOP 12: E-bike Sharing Konzept

Dennis P erwähnt den Wunsch, den Antrag des Haushaltsausschuss vorzuziehen, da extra hierfür Gäste zur Sitzung erschienen sind. Justus F fügt an, dass dafür auch ein GO-Antrag nötig ist, der nicht gestellt wurde. Benjamin F stellt den GO-Antrag die Tagesordnung entsprechend zu ändern. Dazu gibt es eine formale Gegenrede und der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Lukas V leitet in den Tagesordnungspunkt E-Bike-Sharing ein, Idee des Projekts und des Geschäftskonzepts, Vorstellung der dafür geladenen Gäste und der Intention der Vorstellung der Diskussion, dass zunächst eine Meinung des StuPa eingeholt werden soll und noch kein Beschluss angestrebt ist.

Die Gäste stellen das E-Bike-Sharing Projekt „sigo“ vor.

Diese sehr umfassende Präsentation ist im Protokoll nicht näher festgehalten

Man geht zur offenen Diskussion über:

Gast fragt: Die Uni-Standorte sind zwar angebunden, aber nicht die Wohnorte vieler Studierenden (Arrenberg, Ölberg, etc.). Das Lasten-E-Bike wäre also keine sinnvolle Alternative für die Einkäufe, da der Bus kostenlos ist und das Rad kostet und man nach dem Einkauf nicht so große Lust haben wird, es nachher noch zur Station zu bringen.

Die Antwort: Es wird über die Laufzeit von 3 Jahren weitere Stationen hinzukommen und die bekannten Studierendenviertel werden dann mit die ersten sein, die angebunden werden.

Gast wirft Zweifel über die Rentabilität auf.

Antwort: In der Testphase der 3 Jahre finanziert sich das Projekt aus den Beiträgen der Studierendenschaft und nicht aus den Gebühren der Nutzer*innen. Sobald das System steht und genutzt wird, wird auch das Tarifmodell geändert.

Lukas V fügt an: Die Größe des Ausbaus ist begrenzt, da die Wartungskosten irgendwann zu groß werden und es braucht dann weitere Investoren, die den Ausbau und die Finanzierung übernehmen.

Einwurf von Mike S: Wenn man einen Ausbau anstrebt, kommt es dann nicht zu einer Konkurrenz zur Seilbahn?

Antwort: Eine echte Konkurrenz gibt es im ÖPNV nicht, auch kann man nicht mit der Seilbahn den Campus wechseln.

Ein Gast fragt nach: Sind die 1€ Grundgebühr gedeckt aus den Semesterbeiträgen des AStA?

Antwort durch Lukas: der Beitrag wird aus dem Semesterbeitrags gespeist, das sind 6€ pro Studierende*r je Semester.

Frage von Martin Wosnitza (Wossi): Wie sieht ein Standort (Ladestation) aus und wie groß sind die Investitionssummen dort? Welcher Personeller Aufwand bietet der Betrieb?

Als Antwort wird eine Kalkulationstabelle an die Leinwand projiziert, sodass es alle sehen können.

Folgefrage von Wossi: Gibt es die Genehmigung der Grundstücksbesitzer für den Bau der Stationen?

Antwort: Mit der Uni und dem BLB bestehen bereits Gespräche.

Frage von Lena S: Wurde angefragt, ob das HSW etwas beisteuern würde?

Antwort: Ja, das HSW würde eine Station komplett finanzieren.

Ergänzung von Lukas V: Einen laufenden Beitrag wird es (bisher) nicht geben.

Frage von Wossi: Welche Finanzierungsmöglichkeiten wurden neben der Studierendenschaft und des HSW angefragt?

Antwort: Keine, denn es wird eine Dienstleistung für die Studierendenschaft erbracht und nur die wird in Rechnung gestellt. Eine Gewinnmarge ist für die Pilotphase ist nicht vorgesehen, da Einnahmen direkt reinvestiert werden.

Einwurf von Lukas V: Sollte es einen externen Investor geben, müsste das System ad hoc so groß sein, dass die Tarife bereits die volle Höhe haben müssten, was keine Vergünstigung für Studierende mehr vorsieht.

Mike S vergewissert sich nach dem Plan, einen Beschluss im StuPa am 01.11. zu treffen. Er schlägt vor, dann eine Urabstimmung parallel zur Neuwahl des Studierendenparlaments abzuhalten. Lukas V spricht sich ausdrücklich dagegen aus, da eine Urwahl lediglich die aktiven Wähler*innen an der Urne abfragen wird (parallel zur Wahl), mit enormen Aufwand verbunden ist und wohl bei möglicher Polarisierung ein wenig repräsentatives Bild vermittelt, eine Online-Umfrage wäre dort zielgerichteter und ist bereits im Konzept enthalten. Mike S erwähnt, dass das Vorhaben, die Studierendenschaft zu befragen, bisher nicht erwähnt wurde.

Cornelis L bringt vor, dass es ein interessantes Projekt ist, er sieht aber Probleme, denn es muss eine Abstimmung mit der Studierendenschaft geben, ob Urabstimmung oder nicht. Der Preis ist klar abschreckend, die Summe ist 240.000€ pro Jahr. Alternativangebote des Fahrradverleihs z.B. an der Uni Bochum sind 1,50€ oder bis zu 3€ pro Studie pro Jahr (auch wenn das dann keine E-Bikes sind). Andere Studierendenschaften haben günstigere Konkurrenzangebote unter Vertrag. Die Summe der Pilotphase sieht aus wie eine Investition des AStA.

Antwort: die Anschaffungskosten sind bei E-Bikes wesentlich höher, 2.000€ pro Rad, bei 50 Rädern sind 200.000€ [sic! - Rechenfehler aus der Diskussion übernommen, um nichts zu verfälschen].

Außerdem ist die Qualität der Konkurrenzangebote wesentlich schlechter. Es ist kein Investment, denn jede Einnahme wird in das Projekt reinvestiert.

Einwurf von Lukas V: Es geht hier klar auch darum, dass der AStA Starthilfe gibt und nicht bloß eine Dienstleistung einkauft. Der Redebeitrag wird von Justus F beendet, weil Lukas nicht auf der

Redeliste stand.

Wossi erkundigt sich, welche Motivation die beiden Vortragenden haben, dieses Projekt in Wuppertal und mit dem AStA zu verwirklichen wenn angeblich kein Gewinn dabei abspringt?

Antwort: Die beiden Initiator*innen des Projekts sind in der Kalkulation als Personalkosten inbegriffen.

Mike S zieht seinen Redebeitrag zurück.

Stephan O erkundigt sich, dass die Summe aus der Kalkulationstabelle von 252.000€ für den Zeitraum von 12 Monaten ab April der ersten Gebührenerhebung gilt. Das wird bejaht.

Stephan O fügt an: Bei der Beteiligung der Studierenden sollte es gut überlegt sein, dass die Informationen an die Studierenden gebracht, die Argumente aus der Studierendenschaft gesammelt und vor allem die Kosten klar kommuniziert werden

Felix W fragt: Eine Abstimmung in irgendeiner Form ist notwendig, aber wie ist die Bindekraft?

Antwort von Lukas V: Über eine Abstimmung außerhalb der Urwahl ist es im Ermessen des StuPa, dieser zu folgen oder nicht.

Eine weitere Frage von Felix W: Sind die Räder gegen Vandalismus geschützt?

Antwort: Sind verstärkt und gegen Diebstahl gut geschützt, Vandalismus kann aber natürlich nicht verhindert und voll abgeschirmt werden.

Justus F: Welche Ideen gibt es zur Öffentlichkeitsarbeit? Sind Veranstaltungen geplant?

Antwort von Lukas V: Bewerbung soll ab Start Wintersemester passieren, mit verschiedenen Veranstaltungen.

Ronan S reagiert auf einen Satz des Vortrags, nachdem die Kosten des Projekts erst einmal zu akzeptieren sind, da darunter nicht wirtschaftlich gearbeitet werden kann: Wir müssen nichts akzeptieren, sondern die Projektleitenden müssen das StuPa überzeugen. Er sagt, die Kosten sind für das Angebot zu hoch und sähen sehr wohl wie ein Investment bzw. eine Starthilfe für das Unternehmen aus.

Antwort: Diese Mobilitätsdienstleistung wird zum Selbstkostenpreis angeboten, was es bei anderen Firmen nicht geben kann.

Frage von Andre T: Wollt ihr mit dem Pilotprojekt eine Ausweitung auf die ganze Stadt?

Antwort: Ja.

Weitere Frage von Andre T: Die Zahl der Personen, die während eines Tages den Campus wechseln, ist zu hoch geschätzt.

Antwort: Die Menge an E-Bikes kann nicht die regulären Pendler bedienen, da dies zu viele sind. Die Wechsler müssen sogar weniger sein, sonst schafft es das System nicht.

Anmerkung von Felix W: Die Ausleihzeit ist zu knapp bemessen für z.B. einen Einkauf und die Minutengebühr wird Leute abschrecken.

Antwort: Bei Lastenrädern für den Einkauf ist die gebührenfreie Zeit länger.

Benjamin F: Obwohl das Projekt sehr gelungen ist, muss unsere Entscheidung vor allem an den Interessen der Studierenden ausgerichtet sein. Es wird auf jeden Fall zu Vorbehalten kommen. Er erhofft sich auf Änderungen durch Nachverhandlungen. Ohne belastbare Befragungen unter den Studierenden kann im StuPa ohnehin keine informierte Entscheidung getroffen werden.

Lukas V Antwort: An der Befragung und Verhandlung wird noch gearbeitet.

Frage von Ronan S: Gibt es Zugriff auf weitere Daten?

Antwort von Lukas V: Er ist im Besitz der Daten und kann gerne dazu gefragt werden

Frage von Wossi: Gibt es bereits eine Potentialanalyse, ob dieses Projekt Nachfrage am Campus hat oder wurde dieses Konzept „nur“ erstellt, weil man die Idee gut fand?

Antwort: Eine Befragung hat in Siegen stattgefunden mit 86% Zustimmung unter Studierenden.

Frage von Wossi: Gibt es da eine Vergleichbarkeit?

Antwort: Die Universitäten sind vergleichbar.

Lukas V fügt hinzu: Auf Ergebnisse von Befragungen wird noch gewartet.

Weitere Frage von Wossi: Es gibt aber noch keine Befragungsergebnisse aus Wuppertal, die dem Konzept zugrunde liegen? Antwort: Ja.

Lena S fügt hinzu, dass die Vergleichbarkeit von Wuppertal und Siegen besteht und regt an, mit dem Uni-Marketing zusammenzuarbeiten.

Justus F erkundigt sich über das weitere Vorgehen und schlägt vor ein Stimmungsbild zum Projekt einzuholen. Lena widerspricht dem, da ein Stimmungsbild zum jetzigen Zeitpunkt nicht informiert sein kann. Stephan O findet es gut, jetzt kein Stimmungsbild abzuhalten, da er selbst noch keine Einschätzung dazu hat und findet, es sollte nur mit Einbeziehung der Studierendenschaft, aus seiner Sicht am besten eine Urabstimmung sein.

Kommentar von Wossi: Aus journalistischer Sicht würde ein Meinungsbild jetzt gut sein, da Leistung und Preis des Projekts klar auf dem Tisch liegen.

Cornelis L schlägt vor, ein Meinungsbild einzuholen, ob es bereits Parlamentarier*innen gibt, die eine weitere Verfolgung zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen. Danach kann gefragt werden, welche Parlamentarier*innen zum jetzigen Zeitpunkt eine Urabstimmung in Betracht ziehen würden.

Zwischenzeitlich beenden die beiden Gäste ihre Präsentation und bedanken sich für die Aufmerksamkeit.

Justus F erkundigt sich bei CornelisL nach den Fragen eines Meinungsbildes.

Justus F schlägt vor, zum jetzigen Zeitpunkt nur nach Ablehnungen zu fragen.

Benjamin F fragt nach, warum seiner und Mikes S Meldung zum Redebeitrag übergangen wurden. Ein Meinungsbild zur weiteren Verfolgung der Frage wäre jetzt sinnvoll.

Justus F schlägt vor, dass zunächst ein Stimmungsbild eingeholt wird, wer dem Projekt soweit zugeneigt ist und wer nicht und danach eine Abstimmung zur weiteren Verfolgung des Themas zu treffen. Dagegen gibt es keinen weiteren Widerspruch

Meinungsbild: Wer ist dem Projekt zugeneigt? 10 Parlamentarier*innen melden sich.

Wer ist dem Projekt abgeneigt? 3 Parlamentarier*innen melden sich. Es gibt eine Enthaltung.

Abstimmung: Soll das Projekt in StuPa und AStA weiter verfolgt werden?

Ben F beantragt eine geheime Abstimmung. Christiane K eröffnet die Abstimmung Es wurden 15 Stimmen abgegeben, davon haben 14 Personen mit Ja gestimmt, eine Person mit Nein und es gab keine Enthaltung.

TOP 13: Anträge

Ronan S bittet den Antrag des Haushaltsausschusses zuerst zu behandeln, da es dazu Gäste gibt. Diese stellen sich vor, beide sind aus dem Vorstand der Elterninitiative „Uni-Zwerge“.

Antrag 1: Antrag auf Auslotung anderer Finanzierungsmöglichkeiten der Krabbelgruppe

Andre T stellt den Antrag des Haushaltsausschusses vor und das die Idee einer langfristigen Finanzierung schon häufig im Raum stand.

Antwort der Elterninitiative: Viele alternative Finanzierungen scheiden aufgrund des Kinderbetreuungsgesetz (KIBIZ) aus. Verhandlungen mit dem HSW hat es bereits gegeben, denn das HSW plant beide Betreuungseinrichtungen zu übernehmen. Aktuell wird der Uni-Kindergarten von der Stadt betrieben zu vergünstigten Mietkosten bei der Uni, das Geld geht an die Landeskasse. Das HSW könnte beide Einrichtungen in Form des KIBIZ betreiben.

Anmerkung von Ronan S: Als Mitglied des Haushaltsausschuss und des Verwaltungsrat des HSW möchte er betonen, dass der Antrag nicht darauf abzielt, die Elterninitiative in die Ecke zu drängen, sondern lediglich eine langfristige Alternative für die Gremien der Studierendenschaft zu finden, da Absichtserklärungen seitens des HSW häufig gekommen sind, aber diese keine Bindekraft haben. Die Erwähnung der Stadt sollte aus dem Antragstext gestrichen werden, da die Info der Probleme mit den Vorgaben des KIBIZ der Ausschuss vorher nicht hatte.

Antwort der Elterninitiative: Die Pläne zur Übernahme sind in unklarer weiter Zukunft, da seit fast einem Jahrzehnt Planungen zum Neubau angestellt werden, bis heute aber keine Baugenehmigung erteilt ist.

Lena S: Die klare Absicht des HSW ist die Integration beider Betreuungsgruppen in das HSW, aber das Wohnheim hat aktuell finanzielle und planerische Priorität und wird deshalb auf 2020 verschoben. Diese Info lag aber zur Zeit der Sitzung des Haushaltsausschuss nicht vor.

Antwort Justus F: Das wusste der Ausschuss tatsächlich nicht. Die Idee war vielmehr, dass das HSW bald einen klaren Ablauf vorlegen sollen, da die bisherigen Aussagen nicht belastbar sind.

Antwort der Initiative: Das HSW kann keine klaren Aussagen treffen, da es selbst keine verbindlichen Antworten von den beteiligten Institutionen bekommt. Das HSW ist also nicht das Problem, sondern der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (kurz BLB).

Kommentar von Lukas V: Die Wichtigkeit der Krabbelgruppe liegt klar auf der Hand, er betont sie mit persönlichem Hintergrund, da er selbst früher dort betreut wurde. Ihn würde interessieren, wie die aktuelle Situation von Seiten der Eltern-Initiative eingeschätzt wird.

Antwort der Initiative: Der Status quo ist ausgesprochen gut und sollte aus ihrer Sicht beibehalten werden. In den Anfängen der Initiative war das noch nicht so und die Regulierungen der Stadt sind so unflexible, dass ein Betrieb an der Uni damit kaum machbar ist

Kommentar von Mike S: Eine Umlagerung zum jetzigen Zeitpunkt auf das HSW würde bedeuten, dass das HSW die Kosten durch Sozialbeiträge bei den Studierenden einholen müssen, da noch keine Finanzierung von der Stadt kommt. Er schlägt vor, folgenden Satz an das Ende des Textes zu setzen: „Der Vorsitz soll dabei Gespräche mit allen beteiligten Institutionen führen, um die bestmögliche Fortführung der Krabbelgruppe zu gewährleisten.“

Kommentar von Cornelis L: Er hinterfragt die Zuverlässigkeit des HSW, wobei gleichzeitig Zusagen vom AStA immer schnell seitens des HSW eingefordert werden. Er betont, dass den Jusos die Krabbelgruppe sehr am Herzen liegt. Schlägt vor Mikes S Änderungsantrag noch zusätzlich aufzunehmen.

Es wird erwähnt, dass der Hochschulkindergarten durch städtische Zuschüsse finanziert wird. Dazu gibt es die Frage, ob man eine Eingliederung umsetzen und dann alle städtische Zuschüsse beziehen könnte.

Antwort: Die nötigen räumlichen und zeitlichen Faktoren sind nicht gegeben und nicht umsetzbar, da sie häufig eine 45-Stündige Betreuung der Kinder voraussetzen.

Es wird der GO-Antrag auf Schluss der Redeliste gestellt, es gibt eine formale Gegenrede. Mit 9 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme ist der Antrag bei 5 Enthaltungen angenommen.

Andre T schlägt folgende Änderung vor: Der 1.Satz wird beibehalten und es wird eingefügt: „in Abstimmung mit dem Trägerverein“

Dennis P kritisiert die missverständliche Argumentationsstruktur in der Begründung, weswegen bei den Beteiligten die Sorge einer schwindenden Unterstützung des AStA entstand.

Lukas V legt nahe mehr Einsatz in Zusammenarbeit mit der Gruppe zu setzen, damit eine sinnvolle Umsetzung des Themas ermöglicht wird.

Dennis P möchte noch die „langfristige Sicherung der Betreuung“ in den Text einfügen.

Alle Änderungswünsche werden vom Antragsteller übernommen.

Der neue Antragstext lautet:

„Der AStA Vorsitz wird vom Stupa damit beauftragt mit dem HSW, in Abstimmung mit dem Trägerverein, eine feste Vereinbarung über die zukünftige Finanzierung der Krabbelgruppe sowie eine langfristige Sicherung der Betreuung zu verhandeln. Der Vorsitz soll dabei Gespräche mit allen beteiligten Institutionen führen, um die bestmögliche Fortführung der Krabbelgruppe zu gewährleisten.“

Der Antrag wird zur Abstimmung gegeben und einstimmig angenommen.

Antrag 2: Kooperationsvereinbarung mit der Krabbelgruppe

Der Antrag wird vom Antragsteller vorgestellt, es folgt eine Diskussionsrunde zum Thema.

Änderungswunsch von Stephan O: „Die Zusatzvereinbarung ersetzt den Beschluss des StuPa vom 13.10.2016“ soll in den Antragstext eingefügt werden, damit dies rechtsens ist.

Wenn der Antrag angenommen wird, sollte der zusätzliche Passus im Kooperationsvertrag §1 Absatz 5, Satz 2 (siehe Protokoll der StuPa-Sitzung vom 03.05.17) wieder entfernt werden. Dies begründet Stephan O damit, dass die Möglichkeit weitere Gelder im Rahmen des Kooperationsvertrages zu beschließen, als unbegrenzte Höhe für die Zuwendungen der Studierendenschaft an die Krabbelgruppe gewertet werden kann. Dies sollte aber eben nicht Teil eines Vertrages sein, der die Höhe dieser Zuwendungen regelt. Auf die Ausgaben für Aushilfskräfte kann sich dieser Passus jetzt zumindest nicht mehr beziehen, so Stephan O, da er durch diesen Antrag auf eine Zusatzvereinbarung ausgelagert werden würde. Die damalige Argumentation gegen die Streichung des angesprochenen Passus im Kooperationsvertrag ist also hinfällig

Der Antragsteller übernimmt die erste Änderung, sieht die zweite aber nicht für nötig.

(Paul D verlässt den Raum um 22:00 Uhr)

Der Antrag wird zu Abstimmung gegeben: Es gibt 13 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag 3: Erlassung von Darlehen

Der Finanzreferent stellt den Antrag vor. Durch Verjährung bzw. die Unvollstreckbarkeit von Mahnverfahren müssen mehrere Sozialdarlehen ungetilgt aus den Büchern des Sozialfonds gestrichen werden.

(Paul D betritt den Raum um 22:05 Uhr, damit sind noch 15 Parlamentarier*innen anwesend.)

Cornelis L fragt über wen die Überweisungen laufen und ob die Buchhaltung nicht gut gearbeitet hat, die Darlehen im Auge zu behalten? Darauf wird von Felix W und Dennis P geantwortet, dass der Vorsitz und der Finanzreferent die Darlehensverträge unterschreiben, die Buchhaltung diese also nicht separat überprüft.

Es kommt die Frage, bei wem denn die Aufgabe liegt?

Antwort: Vorsitz, Finanzreferent*in, Sozialreferent*in und eingeschränkt Christiane Stiller (Sozialberatung).

Dennis P erwähnt, dass es in der HWVO Passagen gibt, die explizit darlegen, dass Darlehn nicht erlassen werden können, es sei denn es sind Vollstreckungen nicht möglich. Er fragt daraufhin, ob mögliche Konsequenzen für den AStA zu befürchten sind.

In dem Kontext wird die Frage nach einer Anzeige an die Verantwortlichen gestellt.

Das weitere Vorgehen ist: Es Mahnbescheide werden beantragt, E-Mails an Leute die nicht gezahlt haben geschickt, die Verträge gekündigt, rechtliche Mittel erörtert und in Absprache mit Herr Franz (AStA-Buchhalter) wurde eine Übersicht erstellt und mit Sozialfond abgeglichen

Ronan S: Wie Verjährt so ein Darlehn generell?

Antwort: Wenn kein Mahnschreiben kommt etc. nach 5 Jahren

Mike S: Wie kann man rechtlich noch dagegen vorgehen?

Antworten: Eine Entlastung aller damaligen Verantwortlichen durch das StuPa ist noch nicht für alle durchgeführt worden. Außerdem ist eine Entlastung bei Untätigkeit oder Fehlverhalten nicht möglich, da Entlastungen eher symbolisch gemeint sind und rechtlich keine großen Auswirkungen haben. Schließlich kann das StuPa auch nur für Amtsgeschäfte Entlastungen aussprechen, deren genauen Ablauf und Ergebnis es kennt.

Abstimmung: 12 Ja.Stimmen und eine Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen.

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag 4: Stellungnahme zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Niclas S stellt den Antrag vor. Dennis P: stellt einen Änderungsantrag vor (Änderungen siehe Antrag) Die Änderungen werden von Niclas S übernommen.

Andre T erklärt aus dem Senat, dass eine überraschend große Ablehnung unter den

Professor*innen zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer gibt, allerdings war das Kostenargument nicht so sehr greifend wie Niclas S betont hat. Mike S ergänzt, dass es auch Stimmen gab, die auch für Studiengebühren gesprochen haben, diese jedoch in der Minderheit waren und so am Ende eine Stellungnahme gegen Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer im Senat beschlossen wurde.

Es kommt zur Abstimmung: Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und bei 3 Enthaltungen angenommen.

(Benjamin F verlässt den Raum um 22:27 Uhr, womit 14 Parlamentarier*innen anwesend sind.)

TOP 14: Dritte Lesung des zweiten Nachtragshaushaltes

Stephan O erkundigt sich, ob der Haushalt mit der Einladung verschickt wurde? Das wird vom Präsidium vereint. Darauf merkt Stephan O an, dass es sich dann um einen Bruch der GO handelt, da der Haushalt mit der Einladung zum StuPa mitgeschickt werden muss, nach §11 Absatz 3. Uns darüber hinwegzusetzen bedarf einer zwei Drittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder (bzw. mindestens der Mehrheit der Mitglieder).

Justus F stellt zur Abstimmung, eine Ausnahme von der GO für diesen Punkt zu beschließen: Dazu gibt es 14 Ja Stimmen, keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen.

Kai R stellt den Nachtragshaushalt vor. Es gab z.T. Änderungen (u.a. weil Studierendenzahl jetzt feststehen, Versicherungen gekündigt wurden, es zur Schließenanlage genaue Zahlen gibt und auch für die BMBF-Kongresse jetzt genaue Zahlen vorliegen).

Es wird darüber gesprochen, dass im Rahmen des vorliegenden Nachtragshaushalt dem Sozialfonds zusätzlich 20.000€ zugeführt werden, die diesem Topf aber wieder entnommen werden können, sollte sich dafür kein Bedarf einstellen.

Stephan O stellt eine Rückfrage zu den Erhöhungen bei den Shop-Gehältern. Dazu ist ein Ausschuss der Öffentlichkeit nötig, den Justus F vorschlägt und gegen den es keine Gegenrede gibt.

Die Öffentlichkeit wird ab 22:44 ausgeschlossen.

Das Protokoll ruht für die Zeit des Ausschlusses der Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit wird ab 22:51 wieder hergestellt.

Stephan O und Kai R einigen sich auf eine Änderung des Nachtragshaushalts: Der Haushaltspunkt 24120 wird um 2.000€ gesenkt und diese Summe in Haushaltspunkt 21609 eingestellt. Diese Änderung ist damit vom Antragsteller übernommen.

Justus F bittet zur Abstimmung. Der Nachtragshaushalt wird mit 14 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig beschlossen.

TOP 15: Termine

Die nächste ordentliche Sitzung des StuPa findet am 02.08. statt und eine außerordentliche Sitzung ist für den 09.08. angedacht, die ausschließlich für die Vorstellung der Revision vorgesehen sein soll.

TOP 16: Sonstiges

Das Protokoll der letzten Sitzung ist nie herumgeschickt worden. Leider konnte vom damaligen Protokollanten kein Protokoll erhalten werden und er meldet sich auf Anfragen auch nicht.

Lena S bittet, dass sich Personen für den Bibliotheksausschuss melden.

Stephan O reicht seinen Rücktritt ein und erklärt, dass er sich aus Zeitgründen und der Absicht, sich stärker auf sein Studium zu konzentrieren, aus den Gremien zurückzieht.

Mehrere Parlamentarier*innen bezeugen ihr Bedauern darüber, Cornelis L und Dennis P sprechen Stephan Oihren Dank für seine langjährige und engagierte Arbeit für die Studierendenschaft aus.

Christiane K schließt die Sitzung um 23:00

Wuppertal, den _____

Protokoll verabschiedet am _____.

(Abstimmung: ___ Ja, ___ Nein, ___ Enthaltungen).

Christiane Kelm

Justus Faust

Dennis Pirdzuns

Antrag zur Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Wahlausschusses

Beschlussvorschlag:

Das Studierendenparlament beschließt die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Wahlausschusses und einzelne Wahlhelfer.

Name	Aufwandsentschädigung in €
Simon Lehmann-Hangebrock (Vorsitz)	585
Anna-Lena Gross (stellvertretender Vorsitz)	530
Marina Buitnik	510
Kai Immes	460
Jenny Jentschke	450
Lukas Schick	450
Büsra Baris	450
Adriano Ciavarella	220
Nuno Vaz	140

Begründung: erfolgt auf Verlangen mündlich



**BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL**

Andre Thiemermann
Vorsitzender

Haushaltsausschuss der Studierendenschaft

Max-Horkheimer Straße 15, 42119 Wuppertal

Raum ME04-19
Mail andre.thiemermann@asta.uni-
wuppertal.de
Internet stupa-wuppertal.de

Datum 08.07.2017

Studierendenparlament der Bergische Universität Wuppertal, Andre Thiemermann,
Max-Horkheimer Straße 15, 42119 Wuppertal

An die Studierendenschaft der Bergischen
Universität

Antrag auf Auslotung anderer Finanzierungsmöglichkeiten der Krabbelgruppe

Antragstext

Der AStA-Vorsitz wird vom Studierendenparlament damit beauftragt, mit dem HSW eine feste Vereinbarung über die zukünftige Finanzierung der Krabbelgruppe zu verhandeln. Ist eine Einigung innerhalb der nächsten zwei Jahre nicht in Sicht, soll weiterhin mit der Stadt Wuppertal Kontakt aufgenommen werden, um ggf. andere Finanzierungsmöglichkeiten für die Krabbelgruppe zu erarbeiten.

Begründung

Der AStA übernimmt zurzeit die Personalkosten der Krabbelgruppe i.H.v. 95.000 €. Aus Sicht des Haushaltsausschusses ist es im Einklang mit den geltenden gesetzlichen Regelungen nicht originär Aufgabe der verfassten Studierendenschaft sich um Kinderbetreuung von Studierenden zu kümmern. Vielmehr gibt es hierfür bereits eine dafür vorgesehene Institution, das Studierendenwerk. Da jeder Studierende mit seinem AStA-Beitrag für diese nicht originäre Aufgabe aufkommt, sollten andere Lösungswege gefunden werden. Zu hinterfragen ist weiterhin, ob der AStA für Angestellte der Universität die Kinderbetreuung weiterhin bezahlen soll.

Studierendenparlament
Bergische Universität Wuppertal
Gaußstraße 20
D-42119 Wuppertal

Vorsitz
Bastian Politycki
Niclas Schürmann

Gebäude ME, Ebene 04
Max-Horkheimer-Straße 15
D-42119 Wuppertal

vorsitz@asta.uni-wuppertal.de
+49 202 242 580 – 00

*Seite 1 von 1
Wuppertal, der 25.06.2017*

Zusatzvereinbarung zur Kooperationsvereinbarung mit der Krabbelgruppe

bezogen auf die Vereinbarung vom 05. Juni 2009 mit der am 03. Mai 2017 durch das Studierendenparlament (StuPa) beschlossenen Änderung.

Das StuPa möge beschließen, dass der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) folgende Zusatzvereinbarung mit der Krabbelgruppe „Uni-Zwerge“ abschließt:

Der Eltern-Kind-Initiative „Uni-Zwerge“ werden monatlich Mittel in Höhe von 450 Euro, zzgl. der vom Arbeitgeber zu zahlenden Lohnnebenkosten, zur Beschäftigung einer Aushilfe, zur Verfügung gestellt.

Die Zusatzvereinbarung hat eine Kündigungsfrist, die sich an §3 der Kooperationsvereinbarung orientiert. Entsprechend ist eine einseitige Kündigung jederzeit zum Quartalsende, mit einer Frist von 6 Monaten, möglich. Ferner endet die Vereinbarung bei Auflösung der Eltern-Kind-Initiative.

Begründung:

Durch den Abschluss der Zusatzvereinbarung soll der Eltern-Kind-Initiative eine langfristige Finanz- und Personalplanung ermöglicht und die Betreuung dauerhaft gewährleistet werden. Die Zusatzvereinbarung ersetzt den Beschluss des StuPa vom 13.10.2016.

Mit freundlichen Grüßen
Bastian Politycki
Niclas Schürmann



Antragsnummer 2017 / I / / A
Kalenderjahr / (1) / Fortlaufende Nummer / (3)

Antrags- und Beschlussformular

(Dieses Formular ersetzt nicht die Kassenanordnung)

Beschlussfassendes Gremium (1)

- (I) Studierendenparlament
- (II) AStA
- (III) Autonomes Referat:
- (IV) Ausschuss:
- (V) _____

Art des Antrags (3)

- A Finanzantrag
- B Satzungen & Ordnungen
- C Auftrag
- D Resolution
- E _____

Titel des Antrags

Erlass von Darlehen

Antragshöhe

(nur bei Finanzanträgen)

3920,79 €

Antragssteller

Kai Radant

Vorschuss Ja Nein
MwSt. inkl. exkl.

Antragstext

(bei Platzmangel können weitere Seiten angeheftet werden)

Es werden zehn Darlehen in einer Gesamthöhe von 3920,79 € erlassen.
(Begründung erfolgt mündlich.)

Datum

Ja

Nein

Enthaltung

Ergebnis

angenommen abgelehnt vertagt

Anmerkungen

(Bei Platzmangel können weitere Seiten angeheftet werden)

Protokollant

Finanzreferent

(nur bei Finanzanträgen)

Buchungsnummer

Erlass von Darlehn

Nr.	Fall	Betrag [€]	Grund	Entscheidung
1		684,00	verjährt	
2		256,15	verjährt	
3		447,37	nicht erreichbar & verjährt	
4		1,00	lohnt nicht	
5		400,00	nicht erreichbar & verjährt	
6		400,00	verjährt	
7		500,00	verjährt	
8		500,00	verjährt	
9		632,00	keine Unterschrift	
10		100,27	Vollstreckung versucht, nichts zu holen	
		3920,79		

Studierendenparlament
Bergische Universität Wuppertal
Max-Horkheimer-Straße 15
D-42119 Wuppertal

Vorsitz
Bastian Politycki
Niclas Schürmann

Gebäude ME, Ebene 04
Max-Horkheimer-Straße 15
D-42119 Wuppertal

vorsitz@asta.uni-wuppertal.de
+49 202 242 580 – 00

Seite 1 von 2
Wuppertal, der 04.07.2017

Stellungnahme zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Als Studierendenschaft der Bergischen Universität Wuppertal lehnen wir die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer ab. Der ungehinderte Zugang zu Bildung soll unabhängig von der Nationalität gewährleistet sein. Die Studierendenschaft der Bergischen Universität setzt sich für eine offene Hochschule ein, die sich als zentraler Akteur gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Transformations- und Gestaltungsprozesse im Bergischen Land begreift. Ein pluraler Austausch und die Gewährleistung wissenschaftlicher Diversität an nordrhein-westfälischen Hochschulen sieht die Studierendenschaft als einen Grundpfeiler gelingender Hochschul-, Wissenschafts- und auch Integrationspolitik an.

Die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme zu Studiengebühren – speziell für Nicht-EU-Ausländer – ergibt sich aus dem am 16. Juni 2017 verabschiedeten Koalitionsvertrag zwischen den nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen der CDU und FDP.

Aus dem Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022, Seite 19:

"Zur Finanzierung entsprechender Maßnahmen durch die Hochschulen werden wir jedoch auf die Einführung allgemeiner Studiengebühren verzichten. Stattdessen werden wir Studienbeiträge für Studierende aus Drittstaaten einführen und uns am „Baden-Württemberg-Modell“ orientieren. Sogenannte „Bildungsinländer“ werden bei der Erhebung von Studienbeiträgen ausgenommen. Ebenso werden Ausnahmen für Studierende aus Entwicklungsländern, für anerkannte Flüchtlinge und für Studierende mit besonderen sozialen Härten ermöglicht. Hierbei sollen auch entsprechende Stipendienprogramme zum Einsatz kommen. Die zusätzlichen Einnahmen des Landes werden den Hochschulen ungeschmälert zur Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung gestellt."

Die Studierenden mit einem Hintergrund außerhalb Deutschlands und außerhalb der Europäischen Union begreifen wir als große Bereicherung unserer Institution und des studentischen Lebens. Gerade diese sind jedoch häufig in einer prekären, finanziellen Lebenssituation, sodass zusätzliche Gebühren viele gänzlich von einem Studium in Nordrhein-Westfalen abhalten würde.

Ungeachtet der subjektiven Position zu allgemeinen Studiengebühren halten wir spezielle Studiengebühren für nicht förderlich – dafür lassen sich besonders die folgenden Gründe anführen:

- Durch eine höhere Gebührenlast wird die Zahl ausländischer Studierender an den nordrhein-westfälischen Hochschulen zurückgehen. Davon betroffen sind gerade Studierende aus nicht wohlhabenden Elternhäusern. Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer schaden in vielfacher Weise der gesellschaftlichen Pluralität.
- Durch den Bildungsföderalismus sind solche Studiengebühren nicht in allen deutschen Bundesländern vorhanden. Dementsprechend führen diese Gebühren zu einem Standortnachteil. Die Vorteile für Wirtschaft und Kultur kommen somit uns weniger zu Gute, als anderen Bundesländern.
- Die Zahl der Nicht-EU-Ausländer an nordrhein-westfälischen Hochschulen ist in den meisten Fällen gering; Verwaltungskosten fallen für ihre Erhebung dennoch an. Dementsprechend hoch müssen die Studiengebühren sein, um wirtschaftlich erhoben werden zu können, was aber im Gegenzug die Anzahl der Studierenden aus Nicht-EU-Staaten noch weiter senkt.
- Auch im Falle positiver Einnahmen aus den Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer werden diese finanziellen Mittel im Vergleich zu direkten und indirekten Finanzierungsarten gering ausfallen.

Mit freundlichen Grüßen
Bastian Politycki
Niclas Schürmann

An das Studierendenparlament
der Bergischen Universität Wuppertal

11.07.17

Änderung zum Antrag:
"Stellungnahme zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen"

Sehr geehrte Mitglieder des Studierendenparlaments,

wir begrüßen außerordentlich den Antrag des AStA zur "Stellungnahme zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen". Gegen die Pläne der neuen Landesregierung zur Erhebung dieser schädlichen und unsinnigen Studiengebühren braucht es einen deutlichen und breiten studentischen Widerstand und eine Stellungnahme hierzu ist ein guter erster Schritt.

Um die Position und Argumentation weiter zu stärken, schlagen wir einige Änderungen vor.

Das Studierendenparlament möge folgende Änderungen im Antragstext beschließen:

- **Ändere:** "*Gerade diese sind jedoch häufig in einer prekären, finanziellen Lebenssituation, sodass zusätzliche Gebühren viele gänzlich von einem Studium in Nordrhein-Westfalen abhalten würde.*"
In: "Wir betonen das Recht dieser Studierenden auf eine höhere Bildung. Was ihnen aber durch die zusätzlichen beträchtlichen Belastungen verwehrt wird, denn gerade sie sind häufig in einer prekären finanziellen Situation und außer Stande weitere Gebühren zu zahlen."

– **Ändere:** "Ungeachtet der subjektiven Position zu allgemeinen Studiengebühren halten wir spezielle Studiengebühren für nicht förderlich – dafür lassen sich besonders die folgenden Gründe anführen:

- Durch eine höhere Gebührenlast wird die Zahl ausländischer Studierender an den nordrhein-westfälischen Hochschulen zurückgehen. Davon betroffen sind gerade Studierende aus nicht wohlhabenden Elternhäusern. Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer schaden in vielfacher Weise der gesellschaftlichen Pluralität.
- Durch den Bildungsföderalismus sind solche Studiengebühren nicht in allen deutschen Bundesländern vorhanden. Dementsprechend führen diese Gebühren zu einem Standortnachteil. Die Vorteile für Wirtschaft und Kultur kommen somit uns weniger zu Gute, als anderen Bundesländern.
- Die Zahl der Nicht-EU-Ausländer an nordrhein-westfälischen Hochschulen ist in den meisten Fällen gering; Verwaltungskosten fallen für ihre Erhebung dennoch an. Dementsprechend hoch müssen die Studiengebühren sein, um wirtschaftlich erhoben werden zu können, was aber im Gegenzug die Anzahl der Studierenden aus Nicht-EU-Staaten noch weiter senkt.
- Auch im Falle positiver Einnahmen aus den Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer werden diese finanziellen Mittel im Vergleich zu direkten und indirekten Finanzierungsarten gering ausfallen."

In: "Studiengebühren machen es generell schwierig bis unmöglich für finanziell schlechter Gestellte ein Studium aufzunehmen oder es fortzuführen. Sie wirken demnach ausgesprochen sozial selektiv und benachteiligen eine ganze Reihe von Menschen. Deshalb lehnen wir Studiengebühren allgemein ab, denn sie machen ein Bildungssystem exklusiver, diskriminierender und die Gesellschaft insgesamt ärmer. Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen sind darüber hinaus noch aus folgenden Gründen abzulehnen:

- Es wird der Diskriminierung von finanziell schlechter gestellten Menschen noch eine Diskriminierung aufgrund von Nationalität hinzugefügt. Das ist einer weltoffenen Gesellschaft und der internationalen Wissenschaft im höchsten Maße unwürdig.
- Die Gebührenlast wird vielen ausländischen Studierenden ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule verwehren. Das verringert die individuellen Möglichkeiten zur Lebensplanung dieser Menschen und verringert die gesellschaftliche Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. Beides ist ein Verlust für alle.
- Entgegen der erklärten Zielsetzung werden Studiengebühren die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen schwächen. Zum einen werden zahlreiche Studierende auf Hochschulen anderer Bundesländer ausweichen. Zum anderen wird der bürokratische Aufwand der Gebührenerhebung einen deutlichen Anteil der Einnahmen aufbrauchen.

Hinzu verringert sich die Zahl möglicher Gebührenzahler*innen noch durch die abschreckende Wirkung. Neben dem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Scheitern kommt also noch ein wirtschaftliches Scheitern hinzu."

– **Füge am Ende hinzu:**

"Aus unserer Sicht ist nur ein sinnvoller und logischer Schluss möglich: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen oder für irgendwen dürfen in keiner Form implementiert werden. Alles andere wäre ein fataler Fehler und fügt der nordrhein-westfälischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft immensen Schaden zu.

StuPa und AStA der Bergischen Universität sind auch die Vertretung der internationalen Studierenden in Wuppertal. Wir betrachten es also als unsere Pflicht gegen Studiengebühren jeglicher Form, besonders gegen einzelne Gruppen, öffentlich und an der Seite anderer akademischer und studentischer Akteure Stellung zu beziehen"

Begründung:

Das wohl stärkste Argument gegen Studiengebühren für EU-Ausländer*innen ist die klare Diskriminierung ausländischer Studierender und Studieninteressierter. Dies kam im ursprünglichen Antragstext zu wenig zur Geltung und sollte deutlicher betont werden.

Außerdem greift eine Argumentation, die hauptsächlich die nordrhein-westfälische Position in den Blick nimmt, zu kurz. Vielmehr sollte man klar machen, welchen Nachteil diese Pläne für die betroffenen Menschen haben und erst dann darauf verweisen, welche "Vorteile" internationale Studierende für die Wissenschaft und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen bringen. Daraus ergibt sich auch, dass wir wirtschaftliche Argumente wie "Standortvorteile" oder "zu geringe Gebühreneinnahmen" den wissenschaftlichen und sozialen Argumenten nachrangig behandeln sollten.

Mit diesen Änderungen wollen wir die Intention des Antrages schärfen und stärken.

Mit vielen freundlichen Grüßen,
Dennis Pirdzuns (GHG Wuppertal)